

Pressemitteilung

04.05.2020

Zwangsverpflichtungen von engagierten Niedergelassenen sind bestenfalls überflüssig - Der bvvp fordert: Keine unsinnigen staatlichen Eingriffe in ein funktionierendes System

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, wendet sich in aller Deutlichkeit gegen Zwangsverpflichtungen von Ärzten. Diese sind völlig unangemessen, nicht nötig und demotivieren alle engagierten Ärzte. Zwangsverpflichtungen passen nicht zu einem freien Beruf. Staatliche Eingriffe in die Berufsfreiheit der Ärzte schaden der Versorgung und sind abzulehnen.

Die Coronakrise macht es Politik und Bürgern nicht einfach. Mit zunehmender Dauer der Pandemie kollidieren Infektionsschutz und Grundrechte zunehmend stärker. Mit den Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte umzugehen, ist für die Bürger und Bürgerinnen nicht leicht. Es ist schwer, ein ausgewogenes Maß zu finden zwischen, einerseits, den notwendigen Schutzvorkehrungen bei noch hoher Infektionsgefahr und, andererseits, einer zu starken Begrenzung der Rechte.

Die Politik bemüht sich daher, in den unterschiedlichen Bundesländern den lokal und regional unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden. In Nordrhein-Westfalen konnte ein Landesgesetz in letzter Minute verhindert werden, das die dortige Ärzteschaft zwangsverpflichten wollte, die dort, ebenso wie im übrigen Bundesgebiet, mit hohem Idealismus, Engagement und Freiwilligkeit gegen die Pandemie kämpft. Das bayerische Katastrophenschutzgesetz, das schon seit langem in Kraft ist, wurde nun allerdings angewendet und hat - vorgeblich im Interesse des Gesundheitsschutzes - in ein eigentlich gut funktionierendes ambulantes Versorgungssystem mit Zwangsmaßnahmen eingegriffen. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern und niedergelassene bayerische Ärzte wurden Versorgungsärzten im staatlichen Auftrag mit vielen Befugnissen nachgeordnet. Die Begründung der Maßnahme wirkt vorgeschoben, der Zeitpunkt unverständlich, die Maßnahme selbst über das Ziel hinausgeschossen.

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
Psychologischer Psychotherapeut

1.STELLV. VORSITZENDE

Angelika Haun, Fachärztin für
Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie

2.STELLV. VORSITZENDER

Martin Klett, Kinder- und
Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. Michael Brandt
Tilo Silwedel
Dr. Elisabeth Störmann-Gaede
Mathias Heinicke

Ariadne Sartorius
Ulrike Böker
Eva-Maria Schweitzer-Köhn
Rainer Cebulla
Dr. Bettina van Ackern
Dr. Frank Roland Deister

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Die ambulanten Praxen von HausärztInnen, FachärztInnen und PsychotherapeutInnen unter dem Dach der Kassenärztlichen Vereinigung und die Kassenärztliche Vereinigung selbst leisten hervorragende Arbeit und haben in Zeiten fehlender Ressourcen im Vorfeld von Klinikeinweisungen den Druck, den Corona auf das Gesundheitssystem ausübt, ausgezeichnet abgefangen.

Masken, Schutzkleidung und Desinfektionsmaterial waren von Beginn an und überall in Deutschland Mangelware. Das Versäumnis, für Katastrophenfälle keine Vorräte vorzuhalten, war mitnichten eines der KassenärztInnen oder der Kassenärztlichen Vereinigungen. Der Versuch, wie in Bayern geschehen, die eklatanten Versäumnisse im politischen Raum durch übertriebenen Aktionismus und Machtgesten zu verschleiern – in Form von Zwangsmaßnahmen gegen die KV bzw. ihre Vertragsärzte – geht fehl.

Die Bedarfe müssen regional geprüft und geplant werden durch die Selbstverwaltung mit ihren Körperschaften, also den Ärztekammern, KVen und deren Bezirksstellen in kooperativer Abstimmung mit den regionalen Behörden. Benedikt Waldherr, Vorsitzender des bvvp stellt daher fest: „Eine der Situation angepasste medizinische Versorgung kann nur auf der Basis von Freiwilligkeit mit Berücksichtigung der Qualifikation und in gegenseitiger Kooperation mit den Gesundheitsämtern erfolgen.“ Und er stellt die Frage: „Wer soll denn noch den ärztlichen Beruf ergreifen wollen, wenn man damit rechnen muss, nicht nur die eigene Gesundheit und das eigene Leben riskieren zu müssen, sondern auch noch auf unwürdige Weise staatlich gegängelt zu werden?“

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten erklärt sich daher solidarisch mit den AllgemeinärztInnen und FachärztInnen. Benedikt Waldherr macht deutlich: „Wir stellen uns an die Seite unserer Kassenärztlichen Vereinigungen und wenden uns strikt gegen Zwangsverpflichtungen von Ärzten im Rahmen der Corona-Krise. Stattdessen fordern wir die Politik zur guten Zusammenarbeit und Absprache mit den KVen und den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen auf.“

Mit mehr als 5300 Mitgliedern ist der bvvp die größte integrative Interessenvertretung von ärztlichen, psychologischen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen.

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
Vorsitzender des bvvp
Berlin, 04.05.2020

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Frau Anja Manz – Leiterin Kommunikation
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. +49 30 88 72 59 54
Mobil +49 177 65 75 445
presse@bvvp.de